

# Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkonten Dresden Nr. 140.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingeband 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Dr. Frij Klauber in Dresden.

Nr. 217

Dresden, Donnerstag, 17. September

1925

## Überzeichnung der deutschen Anleihe.

New York, 17. September.  
Die Überzeichnung der Anleihe der Deutschen Rentenbanktreuhandanstalt ist so groß, daß die Bankiers betonen, daß viele Orders scharf repariert werden müssen. Die Zeichnung wurde binnen weniger Minuten geschlossen. Die verlangten Beträge beliefen sich auf ungefähr eine halbe Milliarde Dollars. Die Zuteilung dürfte 5 bis 10 Proz. des genehmigten Betrages ausmachen. In den Kreisen der amerikanischen Bondhändler betrachtet man die gewaltige Überzeichnung als das bedeutendste Ereignis in den letzten Wochen. Man nimmt weiter an, daß die glänzende Aufnahme dieser Anleihe der Unterbringung ähnlicher Wertpapiere unter besseren Bedingungen die Wege ebnen werde. Verschiedene Händler vertreten darüber hinaus den Standpunkt, daß die vorliegende Überzeichnung ganz allgemein gesehen einen Wendepunkt in der Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber deutschen Werten bedeutet.

## Die Reparationsrate.

Berlin, 16. September.  
Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit: Die Reichsregierung hat den am 15. d. M. fälligen Betrag von dreißig Millionen Goldmark als erste Rate der im zweiten Jahre des Sachverständigenplanes zu leistenden Annuität heute bezahlt. Die Zahlung erfolgte durch Überweisung des Gegenwertes in Reichsmark auf das Konto des Generalagenten für Reparationszahlungen bei der Reichsbank.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Wiederaufnahme Mitte Oktober.

Paris, 16. September.  
Ämlich wird mitgeteilt: Die deutsche Delegation, bestehend aus dem Staatssekretär Dr. Trendelenburg als Vorsitzendem und den Herren Rathes, Dehl und Wörmann, ist heute nachmittags wieder im Handelsministerium erschienen, wo sie vom Handelsminister Chaumet und den Herren Seroux, de Corbiere, de Bagnard, Arnal und Béhague erwartet wurde. Die beiden Delegationen haben ihre feste Absicht ausgedrückt, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sobald wie möglich zu Ende zu führen. Sie haben übereinstimmend anerkannt, daß es zweckmäßig wäre, die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf neuer Grundlage unter Berücksichtigung der vorerwähnten Arbeiten der Unterkommissionen und der Sachverständigen ins Auge zu fassen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die deutsche Delegation in einer Note die deutschen Forderungen und Angebote auf Grund der von ihr vorgelegten Grundlagen bekanntgeben wird. Die französische Delegation wird ihrerseits schriftliche Gegenvorschläge ausarbeiten, woran sich dann die mündlichen Verhandlungen anschließen werden. Unter diesen Umständen sehen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und seine Mitarbeiter nach Berlin zurück, um mit ihrer Regierung den Text der deutschen Note festzusetzen, die zusammen mit der Note der französischen Delegation als Diskussionsgrundlage in den Verhandlungen dienen soll, die wahrscheinlich Mitte Oktober aufgenommen werden. Die Sitzung hat bis 6 Uhr gedauert.

## Deutsch-polnische Vorbesprechungen zu Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 15. September.  
Gemäß der im Juli dieses Jahres getroffenen Vereinbarung wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrags heute in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Delegationen im Auswärtigen Amt wieder aufgenommen. Beide Staaten wünschen, möglichst bald zu einer Verständigung zu gelangen, wobei der deutsche

## Die Einladung Deutschlands zur Außenministerkonferenz.

### Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 16. September.  
Am Mittwoch, den 23. September, vormittags 10 Uhr wird der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zu einer Tagung zusammentreten mit der Tagesordnung außenpolitische Aussprache. Der Auswärtige Ausschuß wird sich, wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mitteilt, in seiner Sitzung am 23. d. M. insbesondere mit dem Sicherheitspakt beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung den Ausschuß über das Ergebnis der für nächsten Montag einberufenen Kabinettsitzung unterrichten wird.

### Eine Anfrage des bayerischen Gesandten.

Berlin, 16. September.  
Wie verlautet, ist der bayerische Gesandte, Dr. von Preger, im Auftrag der bayerischen Regierung beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann dahin vorstellig geworden, daß auch die Ministerpräsidenten der Länder gehört werden müssen, bevor die Reichsregierung entscheidende Beschlüsse über ihre Haltung in der Sicherheitsfrage und die Beteiligung an der Konferenz mit den Alliierten fasst. Die bayerische Regierung verweist in diesem Zusammenhang auf die frühere Stellungnahme der Reichsregierung, nach der sie erst dann in die Verhandlungen eintreten werde, wenn die Alliierten Jone geräumt ist.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung eine Ministerpräsidentenkonferenz der Länder nicht einberufen wird, sondern die Regierungen der Länder durch die in Berlin beglaubigten Gesandten über den weiteren Gang der Dinge unterrichten wird.

### Der Wortlaut des französischen Memorandums.

Berlin, 15. September.  
Das am 15. September vom französischen Votschafter de Nargerie dem Reichsaußenminister des Auswärtigen Dr. Stresemann übergebene Memorandum hat nachstehenden Wortlaut: Sei Übergabe der Note vom 24. August d. J. an Herrn Stresemann war der französische Votschafter beauftragt worden, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten mitzuteilen, daß die vollmächtige Dr. Lemald betonte, daß auf deutscher Seite der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrags angestrebt werde, während der polnische Bevollmächtigte Pradymsky den Abschluß eines provisorischen als Vorstufe zum definitiven Handelsvertrag vorschlug. Schließlich wurde vereinbart, vor Beginn der offiziellen Kommissionssitzungen im Wege unverbindlicher Besprechungen zwischen je zwei von den beiderseitigen Bevollmächtigten ernannten Vertretern das aus den früheren Verhandlungen vorliegende Material zu prüfen und eine Klärung der bestehenden Differenzpunkte vorzubereiten.

### Die Wirtschaftsbeziehungen zu Belgien und Luxemburg.

Berlin, 16. September.  
Der Austausch der Ratifikationsurkunden zum vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion hat heute im Auswärtigen Amt zwischen Staatssekretär v. Schubert und dem hiesigen belgischen Gesandten R. Veret stattgefunden. Das Abkommen tritt am 1. Oktober 1925 in Kraft.  
Gleichzeitig wurde dem belgischen Gesandten eine Note übergeben. In dieser wird zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Regierung für den Fall, daß die belgische Regierung für die Ein-

führung der 26prozentigen Reparationsabgabe Schritte setzen sollte, von einer solchen Maßnahme eine Diskriminierung der deutschen Waren auf dem belgischen Markt gegenüber den Waren aus dritten Ländern sehen müsse, und daß eine solche Diskriminierung mit dem Grundgesetz der Wirtschaftsunion im Widerspruch stehe, auf dem das vorläufige Handelsabkommen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und Deutschland vom 4. April 1925 aufbaut sei. Belgischerseits wurde hierauf erklärt, daß die belgische Regierung für den Fall, daß sie sich zur Einführung der Reparationsabgabe genötigt sehen sollte, sich vorher mit der deutschen Regierung ins Benehmen setzen werde, um eine Anwendungsmöglichkeit der Abgabe zu finden, die den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern, dessen Entwidung die belgische Regierung wünsche, nicht schädigen würde.

### Die englische Note.

Berlin, 15. September.  
Die vom englischen Geschäftsträger, Botschaftsrat Addison, am 15. September übergebene Note stimmt dem Wortlaute nach mit dem heute veröffentlichten Texte des französischen Memorandums vollkommen überein.

### Keine Garantierung des Spaltens durch Italien.

Rom, 16. September.  
In einem sichtlich inspirierten Leitartikel stellt der „Messaggero“ zu der bevorstehenden Außenministerkonferenz; über die Sicherheitsfrage fest, daß die italienische Regierung lediglich dem Wespalt beitreten werde. Italien werde keinesfalls als Garant des abzuschließenden Spaltens auftreten und weiter eine Begehung der Frage der Brennergrenze mit der der polnischen oder tschechoslowakischen Grenze nicht zulassen. Das Brennerproblem könnte später zwischen den einzelnen Regierungen geregelt werden.

Die deutsche Regierung für den Fall, daß die belgische Regierung für die Einführung der 26prozentigen Reparationsabgabe Schritte setzen sollte, von einer solchen Maßnahme eine Diskriminierung der deutschen Waren auf dem belgischen Markt gegenüber den Waren aus dritten Ländern sehen müsse, und daß eine solche Diskriminierung mit dem Grundgesetz der Wirtschaftsunion im Widerspruch stehe, auf dem das vorläufige Handelsabkommen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und Deutschland vom 4. April 1925 aufbaut sei. Belgischerseits wurde hierauf erklärt, daß die belgische Regierung für den Fall, daß sie sich zur Einführung der Reparationsabgabe genötigt sehen sollte, sich vorher mit der deutschen Regierung ins Benehmen setzen werde, um eine Anwendungsmöglichkeit der Abgabe zu finden, die den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern, dessen Entwidung die belgische Regierung wünsche, nicht schädigen würde.

### Deutsch-norwegisches Abkommen.

Berlin, 15. September.  
Das am 11. April 1925 in Berlin unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königl. Norwegischen Regierung wegen der Einführung eines Vertragskollapses für gewisse norwegische Fischgründe in Ost (Reichsgesetzblatt 1925 Teil II Nr. 813) ist ratifiziert worden. Die Übergabe der Ratifikationsurkunden hat am 5. d. M. in Berlin stattgefunden.

## Verletzung der deutschen Lufthoheit.

Berlin, 15. September.  
Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Hamburg, daß gestern nachmittag eine viermotorige Farmanverkehmaschine, die mit dänischen Hoheitsabzeichen versehen war, in großer Höhe den Hamburger Flughafen überflog. Es handelt sich um eine Maschine der neuen dänischen Linie Kopenhagen—Amsterdam, die über deutsches Gebiet fährt, ohne daß dazu die deutsche Genehmigung eingeholt worden ist. Das in Frankreich erbaute Flugzeug besitzt 4 Motoren von je 200 PS und widerspricht daher den für Deutschland auf Grund des Friedensvertrages geltenden Rechtsbestimmungen für die Luftfahrt. Die Hamburger Luftverkehrsaufsicht hat sich gegen die Verletzung der deutschen Hoheitsrechte an das Reichsministerium des Innern gewandt.

## Keine Auflösung des preußischen Landtags.

Berlin, 17. September.  
Der „Berliner Lokalanzeiger“ will wissen, daß der Beschluß des Gemeindevorstandes des preußischen Landtages den Termin für die Provinzial- und Reichstagswahlen von dem Gemeindevorstand, die am 25. Oktober vorgenommen werden sollen, zu trennen und jene Wahlen erst im November stattfinden zu lassen, von Plenum des Landtags nicht gebilligt wird, da das Zentrum sich entschieden habe, einer Gesetzesänderung nicht zuzustimmen und auch die Sozialdemokraten nicht mehr unbedingt dafür eintreten wollen. Mit dieser veränderten Haltung des Zentrums und der Sozialdemokraten glaubt man dem Walle zufolge in Landtagskreisen ein Fallensollen des sozialdemokratischen Verlangens nach Auflösung des Landtags erblicken zu können.

## Der Sozialdemokratische Parteitag in Heidelberg.

Heidelberg, 16. September.  
Die heutige Sitzung des Parteitages galt der Berichterstattung über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, für die Reichstagsfraktion bestimmt war. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit gelang es ihm, über die Politik der Fraktion ein Bild zu entwerfen, in dem die Koalitionspolitik bzw. die Steuer- und Zollfragen einen besonderen Raum einnahmen. Als Keil dem Satz prägte: „Wer eine Regierung stützt, kann in die Verantwortung kommen, die neue Regierung bilden zu müssen“, fand er die allgemeine Zustimmung des Parteitages. Man hatte den Eindruck, daß dieser Beifall nur die Autoritätsform eines Parteilagers an den Verantwortungsgefühl der übergroßen Mehrheit des Parteitages war. Sie will keine Opposition im Parlament und keine sinnwidrige, geräuschvolle Opposition. Ihr Wille ist, für die Arbeiterschaft durch sachliche, im Rahmen des Möglichen gehaltene Arbeit die politische Macht zu erheben. Sie will die kleinste Gelegenheit zur Sicherung eines Fortschritts benutzt haben, sei es nun auf dem Boden der Opposition, oder durch Beteiligung an einem Koalitionskabinett.  
Im Mittelpunkt der folgenden Debatte stand neben dem Reichsschulgesetz auch wieder die Frage der Koalitionspolitik. Einzelne Redner versuchten, beide Debatten miteinander zu verknüpfen und aus dem reaktionären Entwurf des Reichsschulgesetzes das Ende einer Koalitionspolitik mit dem Zentrum als Selbstverständlichkeit zu schlußfolgern. Es ist klar, daß die sozialdemokratische Fraktion den schärfsten Kampf gegen das Gesetz zu führen beabsichtigt, wie übrigens auch Hermann Müller in seiner Rede zuwies. Sie wird sich dabei der demokratischen Kräfte im bürgerlichen Lager gern bedienen, statt sie durch eine vorläufige Handlungsweise vor den Kopf zu stoßen.  
Der wesentliche Teil der Kritik an der Fraktion und ihrer Politik gegenüber den bürgerlichen Parteien wurde von Leo, Mathilde Wurm und Seydewitz-Zwickau bestritten. Ein neuer Gedanke, der

# Die Verhandlungen in Genf.

Genf, 16. September.

In der heutigen Sitzung der Völkerversammlung forderte der Vertreter Dänemarks, daß die Jugend mit dem Geiste des Völkerbundes vertraut gemacht werde. Er legte eine Resolution vor, wonach die Geschichtsbücher einer Revision unterzogen werden sollten. Nach weiteren Ausführungen des Delegierten von Kanada über die Vereinstätigkeit Kanadas für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und die Abrüstung einzuwirken, und des Vertreters von Chile, der die Einberufung eines internationalen Journalistenkongresses forderte, der den Abrüstungsgegenden fördern solle, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Der Bericht des Rates wurde angenommen. Vorentscheid keine weitere Vollversammlung hat.

## Die Minderheitenfrage.

Genf, 16. September.

Im Politischen Ausschuss hat Calvanaukas-Anliegen nach längerer Debatte seinen Antrag auf Aufarbeitung einer für alle Staaten gültigen Konvention zum Schutze der Minderheiten zurückgezogen. Der Ausschuss beschloß, den Teil des Ratiberichtes gutzuheißen, der das Verfahren bei der Behandlung von Minderheitenpetitionen vor dem Völkerrundrat betrifft. Das Protokoll der Debatte über den litauischen Antrag soll dem Völkerrundrat zugestellt werden. Am Schluß der Debatte spielte die Frage eine Rolle, ob dem Völkerrundrat unter Berücksichtigung der in der Debatte gegebenen Anregung eine Änderung des Verfahrens empfohlen werden soll. Infolge des Widerspruches verschiedener Delegationen wurde jedoch beschlossen, von einer derartigen Empfehlung abzusehen. Auf Grund dieses Beschlusses wurden auch den drei von Japan unabhängigen aufgestellten Forderungen, um die sich die heutige Debatte vielfach drehte, keine weitere Folge gegeben. Die drei Forderungen betreffen die besondere Berücksichtigung von Petitionen Arbeiter, wirtschaftlicher und kultureller Organisationen in Minderheitsfragen, ferner die Ausweitung des internationalen Gerichtshofes im Haag und schließlich die Einziehung von Vertretern petitionierender Minderheiten zu den Beratungen des Völkerrundrates.

## Die Beschlagnahme der Marienbader Bäder.

Genf, 16. September.

Nach einer Blättermeldung aus Prag hat der deutsche Senator Dr. Ledebour gestern dem Sekretariat des Völkerbundes ein Memorandum der deutschen Parteien in der

tschechoslowakische Übergabe, in welchen gegen die widerrechtliche Beschlagnahme der Marienbader Bäder durch das tschechische Bodenamt Beschwerde geführt wird.

## Die Behandlung des dänischen Antrags.

Genf, 15. September.

Der Rechtsausschuss beschloß, den dänischen Antrag auf Eröffnung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens beim schiedsgerichtlichen Gerichtshof im Haag von der Tagesordnung der heutigen Völkerverammlung abzuheben und seine Beratung einer späteren Völkerverammlung zu überlassen. Nach den in der letzten Sitzung von der Schweiz und Japan geltend gemachten Bedenken erhoben heute auch England, Brasilien, Belgien und Frankreich Einwendungen dagegen, daß der internationale Gerichtshof gleichzeitig mit den Funktionen eines Richters und Schlichters ausgestattet werde. Loucheur-Frankreich sah in dem dänischen Vorschlag eine wesentliche Änderung des Charakters des internationalen Gerichtshofes und erklärte, daß nicht nur juristische und politische Gründe, sondern auch Gründe der Opportunität gegen den dänischen Vorschlag sprächen, wobei er deutlich auf die Bewegung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Anschluß an den internationalen Gerichtshof anspielte.

## Türkische Note in der Wollfrage.

Genf, 16. September.

Die türkische Regierung erklärt in einer Note an den Völkerrundrat, die englischen Angaben über die Deportation von 8000 Christen seien nicht glaubwürdig. Schon aus dem Bericht der Wollkommission gehe hervor, daß in den fraglichen Gebieten nördlich der Brüsseler Grenzlinie im ganzen so viel Christen wohnen, wie von den Türken deportiert worden sein sollten. Die türkische Regierung drückt ferner dem Völkerrundrat die Hoffnung aus, daß die englische Regierung durch ihre Beschwerde beim Völkerrundrat beabsichtige, die Aufmerksamkeit des Völkerrundes von Operationen abulenken, die England seit einigen Tagen in dem Gebiet eingeleitet habe, in dem die Deportationen vorgekommen sein sollen.

## Völkerrund und China.

Genf, 16. September.

Der technische Ausschuss des Völkerrundes billigte einen von Loucheur-Frankreich angebrachten Bericht über den finanziellen Aufbau Chinas. Der Bericht wird am Montag der Völkerverammlung zur Genehmigung unterbreitet werden.

Idee. Er gab in seiner Rede der großen Sehnsucht Österreichs nach Vereinigung mit den deutschen Stammesländern Ausdruck, die trotz aller Hemmnisse kommen müsse.

## Braunthohlpreisermäßigung.

Regensburg, 15. September.

In der gestrigen Generalversammlung des ostbayerischen Braunthohlhändlerverbandes wurde eine Herabsetzung der Preise für Braunthohl und Brifeits um den Be-

trag zugestimmt, der sich aus der Ermäßigung der Umzugsteuer vom 1. Oktober ab ergibt.

## Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 16. September.

Der Reichstag und politische Geheimrat Dr. Otto Wagner ist gestern in Berlin im Alter von 83 Jahren gestorben. Dr. Wagner, der der demokratischen Partei angehört hatte, später aber zur Deutschen Volkspartei übergetreten war, war nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung führend tätig, sondern auch lange Jahre hindurch einer der rührigsten Berliner Politiker sowohl im Reichstage als auch im preussischen Abgeordnetenhaus und im Berliner Stadtparlament.

Berlin, 16. September.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Leipzig ist der frühere Sekretär der Gemeinnützigen proletarischen Partei Karl Otto Wolf wegen seiner Beteiligung am „Krieg dem Kriege“-Vertraß verhaftet worden. Das Schicksal ist bereits vor einigen Tagen bekannt geworden.

Berlin, 17. September.

Western abend kam es in der Stegmannstraße in Berlin zwischen einer Gruppe anlieberkolonnen des Roten Frontkämpferbundes und Straßenpassanten zu einer Schlägerei wegen der Verunreinigung der Häuser durch Bläse. Ein Student wurde am Kopf schwer verletzt. Als das Überfallkommando ankam, waren die kommunistischen Täter bereits geflohen. Nur ein Mann konnte festgenommen werden.

## Internationaler Kongress der Kriegsverstümmelten.

Genf, 15. September.

Auf Initiative des französischen Verbandes Kriegsverstümmelter tritt am Freitag in Genf ein internationaler Kongress der Kriegsverstümmelten zusammen. An dem Kongresse werden u. a. auch die Kriegsverstümmelten von Deutschland, Österreich, Italien, Polen, Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei teilnehmen.

## Das neue Arbeiterbündnis in England.

London, 16. September.

Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaft der Lokomotivführer, Techniker und Heizer beschloß, dem in Vorschlag gebrachten neuen Industriebündnis beizutreten und gemeinsam mit den Bergarbeitervereinigungen, den drei Eisenbahnervereinigungen sowie den technischen und Transportarbeitern zum Zweck gemeinsamen Vorgehens zur gegenseitigen Hilfe zusammenzutreten.

## Der britische Seemannsstreik.

Melbourne, 17. September.

33 Schiffe von insgesamt 326.574 Tonnen liegen in den australischen Häfen still.

Kapstadt, 17. September.

Auf Anweisung aus Pretoria hin legte die Polizei die Schiffskapitäne davon in Kenntnis, daß sie gezwungen handelten, wenn sie den freireisenden Seeleuten Nahrungsmittel verweigerten, und daß die Regierung die Schiffseigentümer für alle Ausgaben verantwortlich mache, die ihr aus der Einhaltung der auf diese Weise zum Anlandgehen gezwungenen Seeleute erwachsen würde.

Die Mehrheit des Parteitagess hätte überzeugen können, trat kein Weg in Erwägung. Als Seydewitz vielmehr gefragt wurde, wie er sich die von ihm geforderte Obstruktion bei der Beschließung der Zollfrage vorstelle, blieb er eine lange Antwort schuldig. Es war den Vertretern der Fraktionsspitze infolge dessen nicht schwer, in der Abwehr gegen die Angriffe wiederholt die Zustimmung des Parteitagess zu finden. So, als Hermann Müller darauf hinwies, daß die Sozialdemokratie die Koalitionspolitik nie anders aufgestellt hat, als einen Zweckverband, und Breitfeld in Richtung einer Verschmelzung erklärte: Wie werden sich die sozialdemokratische Politik — auf dem Boden dieses Staates. Dieser Staat ist doch das Fundament, auf dem wir arbeiten, und unsere sozialdemokratische Politik will dieses Fundament der Republik erhalten.

Inzwischen haben auch die Kommissionen gute Arbeit geleistet. Die Programmkommission steht vor dem Abschluß ihrer Arbeit, und auch die Sachskommission dürfte morgen die ihr gestellte Aufgabe endgültig erledigt entgegenzuführen. In einem Unterentschied wurde heute bereits eine Formulierung gefunden, die von der Gesamtkommission am Nachmittag einstimmig angenommen worden ist und die für beide Teile annehmbar erscheint. Die Parteien sollen sich bis Donnerstag mittag 12 Uhr über die Stellungnahme zu diesem Vorschlag entscheiden. Er billigt zunächst die Haltung des Parteivorstandes im Sachsenkonflikt. Sein weiterer Sinn ist, vor allem die Einheit der sächsischen Landtagsfraktion wieder herzustellen, die Mitglieder der Fraktionsmehrheit in ihre alten organisatorischen Rechte wieder einzusetzen und die Organisationen durch eine Landtagsauflösung geschützt zu werden, die ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten zu erfolgen hat.

## Kardinal Vertram gegen die Rechtsorganisationen.

Breslau, 15. September.

Der Fürstbischöfliche Kardinal Vertram bringt als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz eine bereits früher erteilte Warnung vor Rechtsorganisationen, wie Etazheln und Jungendliche Orden, in Erinnerung. In der Sitzung des Kardinals heißt es: Wenn Verdenken gegen solche sogenannten vaterländischen Verbände ausgesprochen werden, so bedeutet das nicht eine neutrale Stellungnahme, sondern eine direkte Warnung. Das Episkopat kann es nicht dulden, daß Geistliche sich an diesen Verbänden beteiligen.

## Die österreichischen Journalisten in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 15. September.

Die auf ihrer Studienreise durch Deutschland organisierten österreichischen Journalisten trafen heute mittag, von Heidelberg kommend, auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Sie folgten einer Einladung der Stadt zu einem Frühstück im „Almer“, wobei Oberbürgermeister Dr. Landmann besonders auf die historische Bedeutung von Frankfurt a. M. als Bindeglied zwischen Österreich und Deutschland in der Geschichte hinwies und betonte, daß, obwohl durch das Schicksal getrennt, geschichtlich und völkisch diese

beiden Staaten niemals zu trennen seien. Die offenbar nunmehr gesicherte Durchführung des Rhein-Rain-Donau-Projektes sei für alle ein Symbol, daß, wie bei den Nibelungen einst vor Hunderten von Jahren, der Jung des deutschen Herzens wieder zu unseren östlichen Stammesbrüdern gehe. Redakteur Wiesen begrüßte die Gäste im Namen des Vereines Frankfurter Presse. Darauf feierte als Vertreter der österreichischen Journalisten Schulz von der Wiener Arbeiterzeitung Frankfurt a. M. als die Geburtsstätte des größten deutschen Genius Goethe und als Trägerin der großdeutschen

## Kunst und Wissenschaft.

### Die Vorfahren der Germanen.

Ein festes Bild von dem Entwicklungsgang der germanischen Nation von den ersten Anfängen her bis zu der Begründung der fränkischen Monarchie durch Chlodowech gibt Prof. Ludwig Schmidt in seinem Werk „Geschichte der germanischen Völker“, das soden im Verlag von Curt Schöndner in Bonn erscheint. In dem neuesten Kapitel der Forschung über die Vorfahren der germanischen Nation in den vorgeschichtlichen Zeiten in großen Zusammenhängen werden. Ihrer Sprache nach bilden die Germanen einen Teil der Indogermanen, und sie stehen in einer engeren Sprachgemeinschaft mit den Kelten und Italikern. Die dieksamtrittene Frage, wo die Heimat des noch ungetrennten indogermanischen Nordvolkes zu finden sei, beantwortet Prof. Schmidt dahin, daß das Mittel- und Oberengebiet sowie die Donauländer als die Gegenden in Betracht kommen, in denen die Indogermanen autochthon gewesen sind. Indem sie sich nun von ihrer Heimat weiter in Europa und Asien ausbreiteten, haben sie sich von dem Nordvolke differenziert und Stämme von verschiedener Eigenart gebildet. Uebervonemig wie die meisten anderen indogermanischen Völker können aber die Germanen als reine Abkömmlinge der Indogermanen gelten; die diesfachen Abweichungen des germanischen Völkens sind nur als eine Mischung verschiedener, einander fremder Sprachelemente erklärt werden. In der Steinzeit lebten im Ost- und Westeuropa, besonders in Skandinavien und den nördlichen Gegenden, zwei verschiedene Völkerstämme, die sich nicht nur in Sprache, sondern auch in Lebensweise, in der Beschäftigung, in der Kleidung und in der Art der Nahrung unterscheiden. Die Indogermanen ihrer höheren Kultur im Mittel-

alter und den Urvölkern aufgezogenen. Als das Gebiet, in dem sich die germanische Nation bildete, als die germanische Urheimat kann man Schleswig-Holstein, Dänemark und das nördliche Schweden bezeichnen. Von jeher waren die Germanen Anwohner des Meeres, der Ost- und Nordsee. Von ihrem ersten Auftreten an zeigen sie eine innige Vertrautheit mit der See, die sich nur erklären läßt durch eine langandauernde Verbindung mit diesem Elemente. Worte wie See, Golf, Blut, Woge, Klippe, Strand, Meer, Seehund, Wal, Angel, Rep. Schiff, Vord stammen aus urgermanischer Zeit. Rißt sich aber die äunere Geschichte dieser Vorfahren der Germanen wenig sagen, so ist doch von den kulturellen Verhältnissen aus den Bodensanden ein ziemlich genaues Bild zu geben. Die Kultur der prägermanischen Epoche fällt noch ganz in die Steinzeit; der Gebrauch der Metalle war unbekannt. Die Menschen lebten ausschließlich von Jagd und Fischefang, ohne Ackerbau und Viehzucht. Von Haustieren erscheint nur der Hund. Gefressen wurden besonders Fische, Reh und Wildschwein; doch gedieh auch der Jagdtier auch Bären, Wölfe, Füchse, Gekühne und Wiber, von Vögeln Wildenten, Gänse, Schwäne und Raben. Die Roststernschel spielte bei der Ernährung eine große Rolle, Fischweine lieferten Fischöl, Fett, Knochen und Aale. Die Speisen wurden auf Steinplatten, die als Herde dienten, bereitet. Die Werkzeuge und Waffen waren aus Feuerstein oder Dornschalen hergestellt; wir finden Messer, Spalter, Becher, Pfeile, Beile aus Feuerstein, auch aus Schiefer, durchlöcherter Kette aus Fischgräten. Die Tongefäße sind roh, d. h. unglasiert und unzergrüht ohne Natur mit spritz wasserfeuchtem Boden. Als Schmuck dienten durchbohrte Perlen. Die Bevölkerung erfolgte in den denkbar einfachsten Formen, in unentwickelten Dörfern ohne Schein.

haften Bauern geworden. Für die Anjeblung kam von jeher nur waldfreies Land in Frage; der Urwald, der selbst dem Jäger nicht genügenden Unterhalt darbot, wurde gerodet. Die große Menge der Hundstullen zeigt, daß die Bevölkerung nicht gering an Zahl gewesen sein kann. Die einzelnen Familien wohnten zusammen in Dörfern; umwallte Siedlungen haben die Prägermanen nicht gekannt. Die Wohnstätten hatten nur einen Raum, etwa einen Meter tief im Erdboden ausgegraben und durch einen runden, ebener oder vierediger Form. Aus den mit Steinen ausgelegten Wänden des Schachtes rührte das mit Rehm oder Rosten bedeckte Dach. Der Fußboden war mit Steinen bedeckt, an den Wänden lag eine Bank aus Rehm, in der Mitte befand sich ein aus Steinen errichteter Tisch. Der Herd lag vor der Tür. Die wichtigste Nahrungsquelle bildete die Viehzucht, die Abhängigkeit des Mannes war. Gehalten wurden Schweine, Rind, Schaf, Hase, Pferd und der Hund. Der Ackerbau war Sache der Frauen; er wurde primitiv als Hackbau betrieben. Getreide, Hanf und Weizen wurden angebaut. Die Utensilien der Jagd, Fischerei und wilder Gemächte traten ergänzend hinzu. Die Technik lieferte Waffen und Werkzeuge in hoher Vollendung und in mannigfaltigen Formen aus hartem Gestein, Holz und Knochen. Als Tierkadienten Schmuckstücke aus Knochen und Bernstein. Die Wolle des Staates wurde gesponnen und diente mit den Faseln und Häuten zur Anfertigung der Kleidung. Einen wesentlichen Fortschritt weist die Keramik auf, es erscheint eine feinere Tonware in abwechslungsreicher Form und Verzierungsmethode. Die pietätvolle Fürsorge für die Verstorbenen weist auf den Glauben an ein Fortleben nach dem Tod hin. Charakteristisch sind die von Fingeln überwallten Grabstätten, in denen die Leichen unverbraut geduldet wurden, die aus erdigen Röhren errichteten Grabkammern (Megolithgräber). Am Schluß der Periode erfolgte die Beisetzung der Toten in Waldengäubern, die im Erdboden

ausgeschachtet und mit Steinseugnungen an den Wänden versehen sind. Als Gottheit verehrte man die Sonne, deren Symbol das vierspeichige Rad und die Art waren. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der kulturellen Zustände war der Handelsverkehr, der schon damals zwischen dem Norden einerseits, dem Westen Europas und den Mittelmeerländern andererseits bestand. Zur Fahrt über See bediente man sich der Einbauten von erheblichem Umfang, denen man durch ein der Seelen aufgesetzte Planen eine größere Höhe und Geschwindigkeit verlieh.

## Wenn Kinder nicht lügen . . . ?

Daß man Kinder strafen muß, wenn sie lügen, das weiß jeder Vater und jede Mutter. Darüber braucht man kein Wort weiter zu verlieren. Wie sollen sich aber die Eltern verhalten, wenn die Kinder ihre Unarten bekennen? — Da ist man oft unsicher. — In ansehnlicher Weise plaudert Dr. Johannes Pröfer in seinem neuen im Verlag E. O. Teubner, Leipzig, erscheinenden Pädagogischen Vortragsbuch für Eltern über diese Frage: „Wie sollen sich die Eltern kindlicher Offenheit gegenüber verhalten?“ Sollen sie das gezeigte Bekenntnis bestrafen, oder sollen sie das Kind in diesem Falle straflos auszuweichen lassen? — Die meisten werden sich für das letztere entscheiden. Sie werden sagen: Mein Kind wird mir nichts die Wahrheit sagen, wenn es weiß, daß ich ihm dann nichts tue. — Gern ist daran ist nicht zu zweifeln. — Aber kann nicht auch der umgekehrte Fall eintreten, daß nämlich ein Kind im Vertrauen auf profunden Mangel bei offener Beichte sich nun alles erlaubt? — Ich habe tatsächlich einmal von einem intelligenten, ziemlich unabhängigen siebenjährigen Mädchen bei einer Ermahnung zur Mäßigkeit die übermäßige Beichte gehört: „Ich kann warten, was ich will, wenn ich's denn sage, tut mir mein Vater nichts.“ — Über ist ein

Lloyd Georges Landreform.

London, 17. September.
Lloyd George glaubt, daß sich hinter dem...

Eine Rede Churchills.

London, 16. September.
In einer Rede im Birmingham teilte der...

Schließung englischer Dockanlagen.

London, 17. September.
Der erste Lord der Admiralität Bridgeman...

Internationaler Ausschuss der Bergarbeiter.

Brüssel, 16. September.
In seiner Nachmittagssitzung erörterte der...

Eröffnung des holländischen Par- laments.

Haag, 17. September.
In der am Mittwoch eröffneten Sitzung der...

Das holländische Budget.

Haag, 17. September.
In der vom Finanzminister in der II. Kammer...

Painlevé und die Beamtenverbände.

Paris, 17. September.
Ministerpräsident Painlevé hat gestern den...

Frankreichs Schuldeneulegung.

Paris, 15. September.
Finanzminister Caillaux und die Mitglieder...

folgende Erklärung: Ich teile nach den...

Die Kämpfe in Marokko.

Madrid, 16. September.
Aus Marokko verlanzt: Nach heftigen Kämpfen...

Ein Bericht Primo de Riberas.

Madrid, 16. September.
Wie ein Bericht Primo de Riberas mitteilt...

Ein Erfolg der Franzosen.

Paris, 16. September.
Damas meldet aus Rabat: Die französischen...

Ein neuer Kampf im Gange.

London, 17. September.
Die Times melden aus Tanger: Bei...

Die Lage in Syrien.

Paris, 16. September.
Über den Angriff auf einen Transport zwischen...

hätte, mit mehreren französischen Panzer-

Rumänische Schulden.

Paris, 16. September.
Zum Kampfe von etwa 1000 Arabern mit...

Amerika kauft Kohlen in Wales.

New York, 17. September.
Der Generaldirektor der Kohlenhandlung...

Kein Passivum für Salsalva.

Washington, 17. September.
Staatssekretär Kellogg hat dem amerikanischen...

Anschlag auf den Präsidenten von Mexiko.

Berlin, 16. September.
Laut „U. S. am Mittag“ drang ein Präsi-

Punkt, wo der Erzieher vor eine besonders...

Vollständlich, mit dem weniger erwünschten...

Bücherverzeichnis. Der Zentralverein...

den 20. und 24. September, von 2 Uhr nachmittags...

Rechtswissenschaftliche. An der Akademie für...

\* Kleine Folge-Diederichs: Auf Marienhoff...

jener abgelegenen Ecke ungerades deutschen...

\* Im Verlag für Kulturpolitik in München...

Der Fall f. Der bekannte Operettenkomponist...



Ämtlicher Teil.

Der Durchgangverkehr mit Kraftwagen auf der Schützenstraße in der Gemeinde Reichenau am 1. März 1925...

Die Archidauptmannschaft.

Der Roggenpreis, nach dem die am 31. Oktober 1925 fällig werdenden Rindfleisch...

Treßden, den 16. September 1925. Landeskulturrentenbank.

Diejenigen Studierenden der Theologie, welche sich der theologischen Kandidatenprüfung im Winterhalbjahre 1925/26 unterziehen wollen...

Leipzig, am 15. September 1925. Die Prüfungskommission für Theologie.

Sinnen-Güter- und Tierart für die schmalen Linien. Am 15. Oktober 1925 treten im Ausnahmefall für geladene Tiere...

Treßden, am 16. September 1925. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

Im Jahre 1914 hat die Gewerkschaft Zinnwald in Zinnwald 900 Teilschuldverschreibungen über je 1000 RM und 200 über je 500 RM ausgegeben...

14. Oktober 1925, vormittags 1/10 Uhr vor dem Amtsgericht Altenberg einberufen.

Amtsgericht Altenberg (Erzgeb.), 12. September 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Richard Kraft in Zaura...

Burgstädt, den 10. September 1925. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 350, die Firma Spinnetel und Jäger...

2. auf Blatt 398, die Firma Richard Reich in Grimmitzschau betreffend.

3. auf Blatt 1126, die Firma C. Richard Rißke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Grimmitzschau betreffend.

Amtsgericht Grimmitzschau, den 15. September 1925.

In hiesigem Handelsregister ist eingetragen worden: 1. auf Blatt 803, die Firma Adolfer Zabelowitz, Aktiengesellschaft in Zöblitz...

am 5. September 1925: Gemäß § 16 der Verordnung über Goldbilanzen vom 28. Dezember 1923 wird die Richtigkeit der Gesellschaft eingetragen...

am 5. September 1925: Gemäß § 16 der Verordnung über Goldbilanzen vom 28. Dezember 1923 wird die Richtigkeit der Gesellschaft eingetragen...

Amtsgericht Zöblitz, den 5. September 1925.

Das im Grundbuche für Nieberg Blatt 14 auf den Namen Friedrich Paul Scholz eingetragene Grundstück soll...

am 11. November 1925, nachmittags 2 Uhr, an Ort und Stelle in Nieberg im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 1 Sektor 6,2 Nr. 10 und auf 24 891 RM, 70 Pf., einschl. des Zubehörs geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen...

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 28. Mai 1925 veräußerten Versteigerungsvermerks...

Hainichen, den 8. September 1925. Das Amtsgericht.

Das im Grundbuche für Nieberg Blatt 23 auf den Namen Frau Marg. Haberkorn eingetragene Grundstück soll...

am 11. November 1925, vormittags 1/10 Uhr, an Ort und Stelle in Nieberg im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 93,9 Nr. 10 und auf 40 900 RM, einschl. des Zubehörs geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen...

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 3. August 1925 veräußerten Versteigerungsvermerks...

Hainichen, den 8. September 1925. Das Amtsgericht.

Über das Vermögen der Firma W. Otto Meinel - Musikwarenfabrikation und Exporthandel mit Musikwaren...

Hainichen, den 8. September 1925. Das Amtsgericht.

Über das Vermögen der Firma W. Otto Meinel - Musikwarenfabrikation und Exporthandel mit Musikwaren...

am 5. Oktober 1925, vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 16. November 1925, vormittags 10 Uhr...

Amtsgericht Klingenthal, den 15. September 1925.

Das im Grundbuche für Liebenau Blatt 26 auf den Namen des Metallhändlers Rudolf Geyla in Liebenau eingetragene Grundstück soll...

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 10,7 Nr. 10 und auf 1100 RM, geschätzt. Es umfaßt die Flurstücke 155 a und 155 b...

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen...

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 15. Mai 1925 veräußerten Versteigerungsvermerks...

Lauenstein (Sa.), 15. September 1925. Das Amtsgericht.

Über das Vermögen des Buchdruckereibesizers Paul Reimich in Zöbau wird heute am 14. September 1925, vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Konkursverwalter Dr. Friedemann in Zöbau wird zum Konkursverwalter ernannt.

Rechtsanwalt Dr. Friedemann in Zöbau wird zum Konkursverwalter ernannt.

am 9. Oktober 1925, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 30. Oktober 1925, vormittags 9 Uhr...

Amtsgericht zu Zöbau.

In dem Handelsregister ist heute auf Blatt 74, die offene Handelsgesellschaft Mey & Stange (vorm. C. G. Krogis) in Weißen bez., eingetragen worden...

Weißen, den 15. September 1925. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 358 des Handelsregisters, bez. die Firma Bernhard Schmidt, Zweigniederlassung America der J. G. Schmidt jun. Söhne, Aktiengesellschaft...

Auf Blatt 628 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Rinte Hofmann - Leuchthammer Aktiengesellschaft...

Amtsgericht Riesa, den 15. September 1925.

Auf Blatt 45 des Handelsregisters, die Firma Hermann Thieme in Rochlitz bez., ist heute eingetragen worden...

Amtsgericht Rochlitz, den 15. September 1925.

In dem hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden: a) am 12. September 1925 auf Blatt 337, betreffend die Firma Th. Walter Lohs in Rittersdorf...

b) am 14. September 1925 auf Blatt 322, betreffend die Firma J. Schopauer Motorenwerke J. S. Rodmann, Aktiengesellschaft in Zschopau...

Amtsgericht Zschopau.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Metallwarenfabrikanten Walter Bohmann, alleineriger Inhaber der handelsgerichtl. eingetragenen Firma Walter Bohmann...

Amtsgericht Zschopau, den 15. September 1925. Der Konkursverwalter: Louis Goldbig.

Aus Sachsen.

Sächsischer Gemeindebeamten-Tag in Freiberg.

Der Sächs. Gemeindebeamten-Bund hält seine diesjährige Hauptversammlung am Sonntag, dem 20. d. M., in Freiberg ab...

Die Freiburger Tagung gewinnt aber dadurch eine größere Allgemeinbedeutung und ein besonderes Gepräge...

Abteilung 1: Bund, einschließlich Wohlfahrtsvereine, Spandverbände, Verwaltung, Kasse, Verzeichnisses, fünf Gruppen, 45 Unterabteilungen, etwa 1000 Ausstellungsgegenstände...

Abteilung 2: Technik, Betrieb, Verkehr, drei Gruppen mit 30 Unterabteilungen, etwa 100 Ausstellungsgegenstände...

Die Entstehung einer Tageszeitung, Film.

5. Sparwerbefilm und Girowerbefilm der Girozentrale Sachsen.

Weitere Ermäßigung der Kartage in Bad Eger. Nachdem die Zeitung des sächsischen Moor-, Stahl- und Kollensauer-Bades Eger die Werbepreise bereits am 23. August herabgesetzt hatte...

Chemnitz. Der Stadtrat hat für den Bau der geplanten Industrieschule 1 178 000 RM bewilligt.

Zwickau. Der diesjährige Haushaltplan der Stadtgemeinde Zwickau war von dem Stadtverordneten am 9. Juni im ganzen angenommen worden...

Marktneukirchen. Der Ankauf des Rittergutes Stettendorf durch die Stadt Marktneukirchen hatte den Anwillen vieler Bürger erregt...

Zöblitz. Der Stadtrat hat den mit Theaterdirektor Sedler für die Zeit vom 1. September 1925 bis 31. Mai 1926 abzuschließenden Pachtvertrag wegen Überlassung des Stadttheaters genehmigt.





schiffen zu lösen wäre, sondern schlechthin um die Erzeugnisse, wie sich unser mehr als 60 Millionen Mann auf seiner allzu geringen Rohstoffgrundlage mit Hilfe seiner entwickelten Arbeitskraft überhaupt zu halten vermag. Dieses Problem gilt nicht allein für Deutschland. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt hat für die europäischen Industriestaaten in dem Maße schon vor dem Kriege bestanden und ist nach dem Kriege immer drückender geworden. Die Knappheit der heimischen Produktionskraft zwang sie in den arbeitsteiligen Warenmarkt mit der Welt hinein. Es gilt daher, insbesondere für Deutschland, den Fragen der Einfuhr neuer Absatzmöglichkeiten auf der einen, der Schaffung neuer Absatzmöglichkeiten auf der anderen Seite erhöhte Beachtung zu schenken. Wenn heute die Weltwirtschaft über die Verteilung unserer Außenhandelskraft geäußert werden, so erfüllt mich dabei insbesondere die gewaltige Rückgang unserer Ausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit mit der größten Besorgnis. Es ist ein Bedürfnis dieses Verbandes, daß er sich der Erweiterung dieser Fragen auf seiner diesjährigen Tagung zuwendet, daß er mit der Beherrschung des Europa-Problems gewissermaßen den Auftakt gibt zu einer eingehenden Besprechung und Erörterung der Änderungen der Weltwirtschaftsstruktur. Diese Änderungen werden eine Umstellung des Exports und der Produktion selbst zur Folge haben — und dies nicht nur bei uns, sondern in allen europäischen Industriestaaten. Es ist deshalb richtig und bei der wirtschaftlichen Berechnung Europas notwendig,

die Frage der Wiederaufrichtung unserer Exporte nicht als ein einzelstaatliches Problem, sondern von vornherein als eine Frage aller europäischen Wirtschaften zu behandeln.

Wenn man sich vor dem Kriege über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nur eine ganz allgemeine Vorstellung zu machen pflegte und dabei die besonderen Gesichtspunkte, die schon in der damaligen Entwicklung für die europäische Weltwirtschaft begründet lagen, nicht erkannte, so lag dies daran, daß trotz Vertiefung der europäischen Weltmarktquoten und trotz der hieraus erkennbaren Vertiefungsrichtung der Handelsbeziehungen der anderen Erdteile im Vergleich untereinander das Übergewicht Europas in jeder Hinsicht gefestigt und gesichert schien auf Grund seiner technischen und organisatorischen Vortriebe seiner Arbeitsintensität, vor allem aber auf Grund der europäischen Kapitalmarktstärke. Europa war das große Gläubigerland der Welt und abse davon nicht nur auf den Warenmarkt der übrigen Erdteile entscheidenden Einfluß aus, sondern bestimmte damit auch in weitem Umfange die Art ihrer industriellen Expansion und die Richtung ihrer weiteren Entwicklung. Hierdurch boten sich Möglichkeiten für die Schöpfung von neuen und gänzlich ungekennnten Märkten. Wohl entstanden durch die Entwicklung von besonders rentablen, Standortbegünstigten Unternehmungen in den überseeischen Gebieten auch schon vor dem Kriege für Europa gefährliche Konkurrenz. Diese Konkurrenz wurde aber nach längerem Übergangzeitraume durch den Weltgewinn an anderer Stelle, die Produktionssteigerung im ganzen wieder aufgehoben. — Man kann sagen, daß vor dem Kriege die Produktion der europäischen Welt im großen Ganzen eine Regierbarkeit der Weltwirtschaft seines eigenen Absatzes und seiner eigenen Produktion bedeutete.

Aber diese Tatsachen ließen uns vor dem Kriege die Bedeutung der Weltwirtschaft für die übrigen Erdteile nur als eine zufällige Erscheinung unterordnen. Schon das Zusammenbrechen der europäischen Weltmarktquoten in den Jahren nach dem Kriege und die sich daraus ergebenden Auswirkungen in den Handelsbeziehungen zu den übrigen Erdteilen haben uns gelehrt, daß die Weltwirtschaft nicht länger ein bloßes Nebenprodukt der europäischen Weltwirtschaft ist, sondern eine selbständige, weltweite Wirtschaft geworden ist, die die Weltwirtschaft in sich schließt und die Weltwirtschaften der übrigen Erdteile in sich aufschließt. — Diese Weltwirtschaften sind in der Weltwirtschaften der übrigen Erdteile, die Weltwirtschaften der übrigen Erdteile in sich aufschließt. — Diese Weltwirtschaften sind in der Weltwirtschaften der übrigen Erdteile, die Weltwirtschaften der übrigen Erdteile in sich aufschließt. — Diese Weltwirtschaften sind in der Weltwirtschaften der übrigen Erdteile, die Weltwirtschaften der übrigen Erdteile in sich aufschließt.

**Weltwirtschaftlich gesehen, hat nicht Mittel- und Osteuropa, sondern Europa den Weltkrieg verloren.** Die Vorkriegszeit war die Zeit der europäischen Weltwirtschaft. Das Aufkommen neuer Wirtschaftslinien veränderte die Beziehungen zu einander. Da die früher exportierenden europäischen Länder nur noch für den Kriegbedarf tätig waren und selbst die Industrien Amerikas und anderer Staaten zu Kriegszwecken herangezogen wurden, herrschte die hierdurch entstehende Produktionsknappheit in den Kolonial- und Rohstoffländern schon vor dem Kriege herrschende Tendenz, ihre Rohstoffe in der Hand selbst zu verarbeiten. So sieht man die Agrarländer — ich verweise auf Südamerika — zunächst industrielle Werke an zur Weiterverarbeitung ihrer Produkte, sobald man die industrielle Entwicklung der Welt und die Weltwirtschaften der übrigen Erdteile in sich aufschließt. — Diese Weltwirtschaften sind in der Weltwirtschaften der übrigen Erdteile, die Weltwirtschaften der übrigen Erdteile in sich aufschließt.

Das bedeutet empfindliche Verluste an Kapital, welche die Wirtschaften aller europäischen Staaten weitgehend beeinträchtigen werden. Der Kriege und der Inflationszeit erfolgten Mengenänderungen, verbunden mit einer oft unbewußten Umstellung von bisher ausgedehnten Produktionsweisen und Produktionszweigen zu neuen, zu einem Merkantilismus in vielen Staaten geführt, der sich mit einer abtriebsreichen, nationalisierten Einstellung sehr wohl verträgt. Diese Entwicklung trägt aber ihre natürliche Grenze in sich. Sobald alle Staaten die gleichen Maßnahmen ergriffen haben, heben sie sich gegenseitig auf. Der Weltmarkt spielt sich auf einer künstlich erhöhten Preisstufe und in abnehmend geringem Umfang ab und das Gesamtergebnis ist nur eine dynamische Bewegung des unzulänglich notwendigen Reinigungsprozesses und bis zu dessen Durchführung eine Schwächung der gesamten europäischen Weltwirtschaft.

den Formen der von Europa herangebrachten Technik und Wirtschaftsorganisation, die eine Anpassung an die gehobenen europäischen Bedürfnisse voraussetzte, wurde sehr bald eine Entwertung und eine entsprechende Preissteigerung der industriellen Rohstoffe herbeigeführt. Dieser allgemeine Rückgang nach Rohstoffen konnte nicht sobald ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot, insbesondere auf dem Gebiete der Weisungsstoffe gegenübergestellt werden. Den hauptsächlichsten Anzeichen dieser Entwicklung, die sich ähnlich bei Häuten vollzog, hatten naturgemäß die rohstoffabhängigen Industrieländer zu spüren; Kohlen, die — was Baumwolle anbetrifft — sich noch erheblich verstärken können, wenn Amerika einmal dazu übergehen sollte, die eigenen Textilrohstoffe in vollem Umfange seiner Verarbeitung vorzubehalten.

Der europäische Konsummarkt war es nun aber durch die verschärften Konkurrenzverhältnisse und den Schwund der Massenkaufkraft nicht möglich gewesen, diese Rohstoffverwertung in einer Erhöhung der Rohstoffpreise weitzumachen. Die überseeischen Mengenänderungen und der zurückgegangene Absatz in Europa haben den Textilindustrien einen gewaltigen und nicht nur vorübergehenden Rückschlag ihrer Produktion gebracht. So hat die englische Ausfuhr an Baumwollwaren im Jahre 1923 nur 60 Prozent von 1913 und im Jahre 1924 nur um weniges mehr betragen. Die gesamteuropäische Produktion an Baumwollwaren ist noch heute mit einem Verlust von mehr als 30 Prozent belastet. Eine weitgehende industrielle Reorientierung wird sich in ganz Europa auf diesen Gebieten vollziehen müssen. Das nun aber diese

**Umstellung des europäischen industriellen Apparates**

und der Handelsorganisation in einzelnen Ländern ganz besondere Schwierigkeiten hervorrufen, ist in der

**allgemeinen Kapitalverknappung der Welt** begründet. Es steht vornehmlich bei uns, aber auch in anderen Ländern die frühere Kapitalneubildung, die um so notwendiger wäre, als der Krieg überall zu ungeheurer Kapitalvernichtung und die Inflations in den von ihr heimgefahrenen Ländern zu fälliger Kapitalvermehrung geführt hat. Hierin liegt einer der hauptsächlichsten Gründe für die andauernde Depression der gesamten Weltwirtschaft. Das Land, das heute noch über eine größere Kapitalbildung verfügt — Amerika — vermag doch nicht die Lücke auszufüllen, die der Verlust der früheren europäischen Geldgeber, vor allem Englands und Frankreichs, für die Finanzen der Weltwirtschaft bedeutet. Man darf nicht verkennen, daß in der Entwicklung dieser Monopolstellung auch abgesehen von allen politischen Erwägungen rein wirtschaftlich große Gefahren liegen. Einmal fragt es sich, ob die amerikanischen Finanzmänner in vollem Umfange die Aufgaben erkennen, die ihnen als Hüter des Reichums der Welt erwachsen sind; dann aber könnte eine Konjunkturbelebung der amerikanischen Wirtschaft leicht die Regierung erzeugen, abermals große Mittel an amerikanischen Rechte zu halten oder wieder zu ihm zurückzukehren und dadurch eine Weltkrisis in der übrigen Welt, insbesondere in Europa, erzeugen.

Die Neubildung von Kapital begegnet zurzeit in Europa besonderen Schwierigkeiten, da die hohen Kosten der industriellen Verarbeitungen und der Rückgang der Arbeitsintensität die Ertragsfähigkeit mindern. Der Rückgang der Produktivität ist, abgesehen von der bereits erwähnten Verringerung der überseeischen Exportmöglichkeiten, auf die

**Erdrückung des innereuropäischen Wirtschaftsaustausches**

selbst zurückzuführen. Die weltwirtschaftliche Stärke Europas beruhte keineswegs allein auf den Handelsbeziehungen zu seinen Kopf- und Halbkopfexportländern, sondern ausbaute auf diesen, vor der Höhe der Produktivität und Stärke der Kaufkraft Europas in dem gegenseitigen Austausch der hochwertigen spezialisierten Fabrikaterzeugnisse der europäischen Länder untereinander begründet. Es müßte daher schon allein mit dem Niedergang des Warenmarktes innerhalb Europas — ganz unabhängig davon, welche wirtschaftliche Entfaltung die überseeischen Länder nunmehr durch den Krieg genommen hatten — die weltwirtschaftliche Stellung Europas erschüttert werden. Das Aufschmelzen Russlands und Südamerikas aus dem europäischen Markt, die Verschlagung größerer Wirtschaftseinheiten in kleineren Staatengebilde — die sogenannte Balkanisierung, die Vermehrung der Grenzen und damit des Grenzschutzes und des Zollapparates, die Vereinfachung der Zölle und die Generalzölle, alles dies sind Momente, die die Generalzölle Europas durch Verzögerung des unproduktiven Apparates erhöhen müßten. Der künstliche Aufbau der während des Krieges und der Inflationszeit erfolgten Mengenänderungen hat, verbunden mit einer oft unbewußten Umstellung von bisher ausgedehnten Produktionsweisen und Produktionszweigen zu neuen, zu einem Merkantilismus in vielen Staaten geführt, der sich mit einer abtriebsreichen, nationalisierten Einstellung sehr wohl verträgt. Diese Entwicklung trägt aber ihre natürliche Grenze in sich. Sobald alle Staaten die gleichen Maßnahmen ergriffen haben, heben sie sich gegenseitig auf. Der Weltmarkt spielt sich auf einer künstlich erhöhten Preisstufe und in abnehmend geringem Umfang ab und das Gesamtergebnis ist nur eine dynamische Bewegung des unzulänglich notwendigen Reinigungsprozesses und bis zu dessen Durchführung eine Schwächung der gesamten europäischen Weltwirtschaft.

Diese Dinge drängen allmählich zu einem naturgemäßen Ausgleich, dessen Durchführung davon abhängt, ob und wann die einzelnen europäischen Länder seine Notwendigkeit erkennen. Trop aller künstlichen Schutzwände ist für alle Staaten eine Umstellung ihres Produktions- und Handelsapparates auf die neuen Verhältnisse unerlässlich. Das bedeutet empfindliche Verluste an Kapital, welche die Wirtschaften aller europäischen Staaten

weiterhin belasten und die europäische Produktionskraft verengen müssen, die aber getrennt werden müssen und bei denen der Hauptanstoß es in mancher Hinsicht am schwersten haben wird.

Die Produktionstrübe findet darin ihren Ausdruck, daß Europa für den Absatz seiner Rohstoffe, in erster Linie der Kohle wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Länder, die früher ihre Kohle aus Europa, in der Hauptsache aus England bezogen, sind zur eigenen Kohlenförderung übergegangen. Die Umstellung der Schiffahrt auf Dampfer, die Zunahme des Bergbaues zu weicher Kohle, der technische Fortschritt der Kohlenenergie setzen für die Dauer den Kohlenverbrauch herab. Berücksichtigend Konkurrenzläufe sind die Folge dieser durch die schlechte Konjunktur noch vergrößerten Kohlenabnahme.

Eine ähnlich starke Konkurrenz zwischen den europäischen Industrien ist auf dem Gebiete des Eisens festzustellen. Der Umfang der Produktionsmöglichkeiten der Schmelzindustrien hat in allen führenden Wirtschaftsstaaten Europas während des Krieges und durch die Aufwände nach dem Kriege beträchtlich zugenommen. Dieser gesteigerten Leistungsfähigkeit entspricht kein entsprechend gesteigerter Absatz. Die allgemeine Wiederbeschäftigung der europäischen Eisenindustrie dürfte nicht nur eine Konkurrenzvermehrung sein. Absatzmöglichkeiten bei diesen auf großen Kapitalausgaben beruhenden Industrien sind aber für die gesamte Weltwirtschaft von weit größerer Bedeutung als solche bei anderen, mit geringem Kapital arbeitenden Industriegruppen. Schon ein beträchtlich kleiner Absatzrückgang gefährdet ihre Rentabilität. Hierdurch wird ein allgemeiner Druck auf den Aktienmarkt und, bei der gegenwärtigen Kapitalmarktlage, auch auf den Kreditmarkt ausüben.

Ich habe in kurzen Strichen versucht, die hauptsächlichsten Änderungen darzulegen, die sich für die Weltmarktstellung Europas einmal aus der außer europäischen Entwicklung, sodann aus den Entdeckungen der europäischen Weltwirtschaftsbeziehungen selbst ergeben. Auf eine der hauptsächlichsten durch den Weltkrieg bewirkten Veränderungen habe ich noch nicht verwiesen, nämlich: auf

**die völlige Umkehrung der Weltwirtschaftsverhältnisse.**

Aus den ehemaligen Gläubigerstaaten sind jetzt verschuldete, sich immer tiefer verpflichtende Schuldnerstaaten geworden. Die Altverträge dieser Schulden — ja schon allein der Zinsen — bedingen neue wirtschaftliche Beziehungen und Umgruppierungen der weltwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse. Eines kann als sicher gelten, daß bei der gegenwärtigen amerikanischen Weltmarktstellung der Preisabstufung und Umstrukturierung der Außenhandelsbilanz, eine Neugestaltung der Schulden mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden sein wird, es sei denn: Amerika benötige die europäischen Verpflichtungen zur weiteren kapitalistischen Durchdringung der übrigen Welt. Die gleichen Probleme ergeben sich aber durch die inneren Schuldübertragungen innerhalb Europas, durch veränderte Deutschland aufgesetzten Reparationslasten.

Ich habe damit auf die mir wesentlich erscheinenden Probleme hingewiesen, die eine völlig geänderte Weltwirtschaft den europäischen Wirtschaftsstaaten zur Lösung aufstellt. Mit großem Interesse werde ich Ihren Ausführungen, den Darlegungen der Männer der Praxis folgen, um zu erfahren, welche Bewertung sie diesen Verlagerungen der wirtschaftlichen Beziehungen beilegen, welche Folgerungen sich für die europäische Wirtschaftseinstellung, im besonderen für die deutsche Wirtschaft und Handelspolitik daraus ziehen. Diese Folgerungen werden sich wohl mit in erster Linie mit der Umgestaltung der Handelsbilanzen befassen.

Eine Attenuierung der Handelsbilanzen wird — auf die Dauer gesehen — das Ziel sein müssen, so lange Europa als Schuldnerland seinen Verpflichtungen nachkommen muß. Auf eine Milderung der Einfuhr, auf eine härtere Unabhängigkeit von der überseeischen Rohstoffverfügung wird hinzuwirken sein. In anerkennenswerter Weise ist unsere Industrie bestrebt, neue Rohstoffquellen zu erschließen. Ich denke dabei an die Erträge unserer Stahlfabrikation, an die im Ausfuhrlande befindliche Herstellung von Aluminium und die Steigerung seiner Verwendungsfähigkeit als Ersatz für das aus dem Ausland kommende Kupfer, an neue heimische Stoffe, die das vorwiegend aus ausländischen Rohstoffen hergestellte Kunstleder vollwertig ersetzen sollen. Und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen von dem Interesse berichte, das die Reichsregierung den Versuchen zur Verflüssigung der Kohle und ihrer Umwandlung in die entsprechende Energie. Die Unabhängigkeit vom Ausland ist vor allem dadurch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge zu vermindern. Um die deutsche Landwirtschaft zu intensiver Bewahrung anzuregen, galt es, ihr die erforderlichen Sicherheiten zu geben. In diesem weiteren Rahmen der Lösung unserer Wirtschaft von der allzuengen Bindung an die Rohstoffquellen des Auslandes sind auch die viel umrittenen landwirtschaftlichen Fälle zu betrachten. Bei der Erörterung der Ausführliche werden zwei Momente zu beachten sein: Einmal die Möglichkeiten der Erigerung des europäischen Exports als solchen, die nicht zum wenigsten eine Preis- und Qualitätsfrage ist, sodann zweites Maßnahmen zur Erhöhung der für unsere Ausfuhr zu erzielenden Werte. Diejenigen europäischen Industrieländer, welche stabile Verhältnisse haben, leiden besonders unter dem Dumping, das von den verschleierten Industrien auf dem europäischen, wie vor allem dem Weltmarkt getrieben wird. Es ist von weittragender Bedeutung, wenn durch den Auslandsverkauf von Rohstoffen unter den Selbstkosten die Produktionsbedingungen der heimischen weiterverarbeitenden Industrien verschlechtert und hierdurch den außer europäischen Industrien verbesserte Konkurrenzmöglichkeiten geschaffen werden. Es muß deshalb auf eine europäische Debatte der eigenen Rohstofflage hingewirkt werden. Hier liegen eine Reihe von Gedanken vor, deren Ausgestaltung der nächsten Zukunft vorbehalten bleibt, und die, abgesehen von ihren wirtschaftlichen Wirkungen, auch politisch einen großen Schritt zur Befriedigung Europas bedeuten würden.

Im gleichen Sinne muß ein unpaßendes Handelsvertragsystem wirken. Die Aufgabe

der Handelsverträge wird es nach wie vor sein, die Ausfuhrmöglichkeiten der Staaten untereinander zu heben. Gerade in Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Depressionen — die ohnehin zu einem verhängnisvollen „Schub der nationalen Arbeit“ in allen Staaten in gleicher Weise beitragen — muß durch Handelsverträge eine Verdrängung mittlerer Linie gesehen werden, den in Betracht kommenden Interessenten gefunden werden. Nur wenn die europäischen Wirtschaftsstaaten durch einen engeren wirtschaftlichen Austausch ihre Produktivität erhöhen, werden sie auch den neuen Aufgaben der Weltwirtschaft gewachsen sein. — Die Durchführung der Nationalisierung der Produktion wird Europa neue Absatzwege eröffnen — wenn auch vielleicht die Produkte, die Europa bisher nicht geliefert hat. Es wird sich darum handeln, daß zwischen Europa und den übrigen Erdteilen eine Arbeitsteilung im Sortenaustausch herausgesehen, wie dies früher unter den europäischen Industriestaaten der Fall war.

**Europa wird nicht mehr die Welt nach europäischen Wirtschaftsbeziehungen zu leiten vermögen; es wird aber durch seinen Vortrieb an technischen Fähigkeiten und an Arbeitsintensität bei der Entwicklung der Weltproduktionskräfte ergänzend mitzuwirken haben. Es steht Europa, wie Professor Kneller in seinem Buche über die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft sagt, zur Bereicherung der Leistungen sein europäischer Mensch zur Verfügung.**

Es wird Aufgabe unseres Großhandels — insbesondere unseres Ein- und Ausfuhrhandels sein, die Reorientierung unserer Wirtschaft auf die gebotenen Weltmarktverhältnisse zu erleichtern — neue Absatzmöglichkeiten ausfindig zu machen, und damit die inneren Produktivkräfte anzuregen und zu leiten. Es wird weiterhin Aufgabe des ganzen Großhandels sein, — an den inneren Verbrauchergruppen zu setzen und unter Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt mitzuwirken. Auch die Preisaktion der Reichsregierung hat im letzten Grunde nur das Ziel, die Kostenüberhöhung der deutschen Wirtschaft zu mindern. Ich habe es begrüßt, daß auch die Vertreter des deutschen Großhandels sich zur tätigen Mitarbeit in dieser Richtung bereitgefunden haben. Alle Wirtschaftler müssen sich heute einheitlich dem Ziele zur Verfügung stellen, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeiten der inneren Gewinnung und der äußeren Entfaltung zu geben. Wir gehen noch schweren Zeiten entgegen — wirtschaftliche Umstellungen werden notwendig werden von einem Ausmaß, wie wir sie bisher nicht kannten. Es ist ein Bedürfnis dieses Verbandes, daß er vorausschauend auf diese ersten Probleme hinweist. Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen bedeutet: den ersten Schritt zu ihrer Überwindung zu tun.

**Über die Vorbereitungen für die Erfüllung der Aufgaben des deutschen Großhandels**

berichtete Reichstagsabgeordneter Otto Reinald, das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels.

Ein lebensfähiger deutscher Großhandel, so führte der Redner aus, braucht zu seiner Entwicklung einen engen und ungehinderten Anstoß an den allgemeinen Weltmarkt und Weltverkehr. Prohibitivschutzmaßnahmen Deutschlands oder anderer Länder wären in diesem Widerspruch mit den Bedürfnissen des deutschen Großhandels, der deutschen Wirtschaft und der allgemeinen Weltwirtschaft. Bei den handelsvertraglichen Abmachungen müssen die autonomen deutschen Völke als Verhandlungspartner gegenwärtigen Herabsetzung der Schutzzölle verwendet werden. Das Vorgehen muß wieder erleichtert und die Erleichterungen für die Handlungstendenzen müssen wieder befestigt werden.

In der inneren deutschen Wirtschaft müssen die öffentlichen Körperschaften zu strikter Neutralität gegenüber dem im Wettbewerb stehenden Wirtschaftskreislauf zurückgeführt. Künstliche Bevorschung von Genossenschaften, Beamtenkaufmannschaften u. d. m., wie überhaupt Eingriffe in die natürliche Entwicklung der Wirtschaft und des Handelsverkehrs sind ebenso ungerecht wie schädlich. Auch die von solchen Vorsehlüssen ausgehenden Ausschüttungsbestrebungen gegen den Großhandel leitens der Industrie und der Landwirtschaft sind volkswirtschaftlich schädlich und letzten Endes für die Industrie und Landwirtschaft ohne Vorteil, vielmehr sollten die Knappen Betriebsmittel überall für die höchste Qualitätserzeugung des eigenen Betriebes verwendet werden.

**Von entscheidender Bedeutung ist die Kapital- und Kreditfrage.**

So notwendig Kreditvermehrungen für den Großhandel sind, so können Kredite in so bewegten Zeiten ein gewisses Maß von eigenem Kapital nicht ersetzen. Darauf muß sich auch die Steuererleichterung einstellen. Sie muß Spielraum lassen für die Neubildung des in der Vergangenheit vergebene Kapitals des Betriebes. Es darf aber auch nicht durch übertriebene Sondersteuer auf den Verkehr den Handel im besonderen überfallen. Die Aufgaben der öffentlichen Körperschaften müssen weiter eingeschränkt werden.

Die Unsicherheitsfaktoren in der Wirtschaft müssen auch im Interesse der Verbraucher wieder vermindert werden. Dazu gehört z. B. auch die Befestigung einiger Regeln in der gegenwärtigen Rechtslage, die Einführung der Mobiliarhypothek mit Registerpfand.

Von weitestgehender Bedeutung für einen gesicherten und damit weitestgehenden Geschäftswert ist die Befestigung der politischen Verhältnisse, die höchste Vermeidung von politischen Krisen und eine stabile Gesetzgebung auf allen Gebieten. Die ungewisserartige handelsfeindliche Einstellung der öffentlichen Meinung sollte überwunden werden und dadurch dem Kaufmann seine Aufgabe, als Bewegender und ausgleichender Faktor der Weltwirtschaft und dem deutschen Volke zu dienen, erleichtert werden.

Das Problem der europäischen Wirtschaftsanneherung behandelte das Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Max Göben-Reuß. Er führte etwa folgenden Inhalt an:

Von dem alten Europa, das vor dem Krieg so etwas wie der Mittelpunkt der Welt war und das dann auch wirtschaftlich wie politisch, neben die Welt herrscht, ist nichts übriggeblieben. Während in der übrigen Welt große Imperien vorhanden oder im Werden begriffen sind (das britische Weltreich, Amerika, Japan, Indien), ganz Kontinente zusammengefasst und die Rohstoffgebiete fast der ganzen Welt aufgeteilt werden, klammert sich Europa in wunden Faltungen, vom Völkervereinigungswort wie von großen sozialen Kämpfen, lassen sich alle europäischen Staaten, in politischer wie wirtschaftlicher Beziehung von chaotischen Tendenzen trennen und fühlen nicht, wie sie damit Selbstmord begehen. Wenn dieser Selbstmord nicht halt gehalten wird durch die Arbeit der Nationalpolitiker und Wirtschaftler aller Parteien, so ist Europa in wenigen Jahren politisch wie wirtschaftlich im Niedergang. Europa muss sich auf sich selbst verlassen und, da das alte Europa aus der Vorkriegszeit unüberwindlich da ist, durch Selbsthilfe zu anderen und höheren Formen seines staatlichen wie wirtschaftlichen Lebens gelangen.

Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen die Völker Europas nicht ihre Kräfte in dauerndem Kampf gegeneinander verlieren, um bei der ersten günstigen Gelegenheit übereinander herzufallen, sondern sie müssen, wenn sie nicht hoffnungslos dahinsiechenden wollen, zu einer Verständigung über die wichtigsten politischen wie wirtschaftlichen Fragen gelangen, damit sie aus der gegenseitigen Abstreifung herauskommen und sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenfinden. Vermutlich wird das nicht so schnell geschehen; denn es scheint so, als ob alle europäischen Völker noch einmal die Probe machen wollten, ob sie sich, vermittelt hoher Bollmauern, als Nationalwirtschaften (auch kleinster Umfangs) voneinander abgrenzen können. Dieser Versuch wird zweifellos gemacht werden; er ist sogar, als Folge der Kriegswirtschaft in gewissem Sinne natürlich. Welchen aber kann er auf die Dauer nicht und die Erfahrungen der Abstreifungsperiode werden auch dem Völkervereinigungswort die Notwendigkeit eines Zusammengehens offen. Dieser Zusammenhalt muss vor allem (nach dem Beispiel der anderen Imperien) unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Nur bei einer solchen Zusammenfassung in größere Wirtschaftsgebiete können auch die kleineren Nationalstaaten das eigenartige nationale Leben führen, das für kleinere Völker überhaupt noch möglich ist. Wahren sie sich gegen diese nur im Rahmen großer Wirtschaftsgebiete mögliche nationale Selbständigkeit, so werden sie dadurch nicht etwa eine größere nationale Selbständigkeit behalten, sondern im Gegenteil der willkürlichen Spielball stärkerer Mächte werden; ihre Selbständigkeit ist nur Schein.

Im Augenblick ist das Kernproblem für die Annäherung der europäischen Völker das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich. Wenn hier nicht der Anfang gemacht wird, so ist alles umsonst. Deshalb müssen sowohl die politischen Verhältnisse der Regierung, wie die wirtschaftlichen der wichtigsten Industrie, eine französisch-deutsche Wirtschaft zu bringen, lebhaft begünstigt werden. Wenn hier gewisse Fortschritte erzielt werden, so ist das Eis gebrochen, und man wird leichter als vorher zu weitergehenden Verständigungen kommen können. Hierbei kann natürlich nicht willkürlich verfahren werden, man muss vielmehr die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erkennen suchen; denn es werden die immanenten Gesetze der Produktionsentwicklung sein, die hier bestimmend wirken.

Wenn auch das Trennende vorläufig noch im Vordergrund steht: Es gibt genug Gemeinsamkeiten im europäischen Leben. Was Ziel, das sich freilich nur Schritt um Schritt wird verwirklichen lassen, wird man eine europäische Politunion anstreben müssen, die, wenn sie erst einmal geschaffen wäre, auch den Rest der politischen Gegenstände beseitigen würde.

### Sächsische Landesbibliothek

(Zeitschriften Teil). Geöffnet werktäglich 10-12 u. 2-5.  
 Verzeichnisse der von 21. Juli 1925 im Bestande aufgelisteten Zeitschriften. — Bei Bestellungen ist die Nummer des Monats und die Preisangabe anzugeben.

I. Allgemeine und sächsische Geschichte und Geographie.  
 Barré, L'architecture de la France. (1923).  
 H. Gull, A History of Bengal. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).

II. Deutsche Geschichte und Geographie.  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).

III. Theologie, Philosophie.  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).

IV. Naturwissenschaften.  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).

V. Sonstiges.  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).  
 H. Gull, A History of the East Indies. (1923).

### Bücherbesprechungen.

Das neue Steuerberechnungsgesetz ist von aktueller Bedeutung, weil es nicht nur die Befreiung der Steuern für 1925 und das Wirtschaftsjahr 1924/25, sondern Vorauszahlungen und Steuerzahlung für das laufende Jahr vom 1. Januar 1925 ab regelt und vor allem mildert. Eine von Reichsfinanzrat Dr. Koch in München veranstaltete Ausschuß-Steuervereinigung vom 29. Mai 1925\* (München, G. S. Beck, in Heften 2,50 RM.) enthält außer einer Einleitung noch Erklärungen, die das Notwendige in einer für jedermann verständlichen Form bringen. Ein Register ist beigegeben.

### Sächsische Staatszeitung Einzelne Nummern 15 Pfennig

in Dresden-N. in der Geschäftsstelle, Große Zwingstraße 16.

### Dresdner Kurse vom 16. Septbr.

Deutsche Staatspapiere.			
Reich Anl. d. B. Reich 1-5 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 10-1000 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 1-5 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 10-1000 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 1-5 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 10-1000 Bll.	100 Bll.	130.00	

Verschiedene Anleihen.			
1/7 Reichsanleihe	100 Bll.	130.00	
1/7 Dresdner Bankanleihe	100 Bll.	130.00	
1/7 Dresdner Bankanleihe	100 Bll.	130.00	
1/7 Dresdner Bankanleihe	100 Bll.	130.00	

Deutsche Pfand u. Hypotheken-Briefe.			
Reich Anl. d. B. Reich 1-5 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 10-1000 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 1-5 Bll.	100 Bll.	130.00	
Reich Anl. d. B. Reich 10-1000 Bll.	100 Bll.	130.00	

Wertbeständige Anleihen.			
1/7 Reichsanleihe	100 Bll.	130.00	
1/7 Dresdner Bankanleihe	100 Bll.	130.00	
1/7 Dresdner Bankanleihe	100 Bll.	130.00	
1/7 Dresdner Bankanleihe	100 Bll.	130.00	

### Volkswirtschaft und Handel.

**London, 15. August. Eine Lute Fetsgold**  
 84 ab 11 1/2 d. ein Gramm Fetsgold 32,777 Pence.

**6. Allgemeiner Deutscher Bankierstag.**  
 Berlin, 16. September.  
 Auf der heutigen Sitzung des deutschen Bankiertages erbat Herr Rudolph Böb, Präsident der Deutschen Reichsbank, einen ausführlichen Referat über das Thema „Kurs- und Kreditlage in Deutschland und die deutsche Wirtschaft“. Einem Vortrag über die Bedeutung der Geldpolitik und die Notwendigkeit der Umverteilung der Einnahmen der Banken.

Wichtigste Nachrichten. Die Reichsbank hat den Wechselkurs des Reichsmark in London am 15. September 1925 auf 20 Reichsmark zu 1 Pfund festgesetzt. Der Wechselkurs des Reichsmark in Paris ist am 15. September 1925 auf 10 Reichsmark zu 1 Franc festgesetzt.

### Wettertelegramme vom 17. September 1925, 7 Uhr morgens.

Dresden: Höhe 110 m. Min.: 4. Max.: 17. Niederschlag: —. Temperatur: 6. Wind: SSO 2. Wetterzustand: Heiter und Nebel.  
 Wehdorf: Höhe 246 m. Min.: 6. Max.: 16. Niederschlag: —. Temperatur: 8. Wind: SSO 3. Wetterzustand: Heiter und Zucht.  
 Aichtenberg: Höhe 1213 m. Min.: 1. Max.: 10. Niederschlag: —. Temperatur: 4. Wind: SSW 3. Wetterzustand: Halbbedeckt.

### Ämtliche Devisenkurse.

Berlin, am 17. September 1925.

Telegraphische Kursnotierungen für:	17. 9.	17. 9.	16. 9.	15. 9.
	Gold	Gold	Gold	Gold
Frankreich 100 Franken	100,04	100,08	100,00	100,08
England 100 Pfund	1.900	1.900	1.901	1.900
Schweden 100 Kronen	18,13	18,17	18,21	18,25
Dänemark 100 Kronen	10,17	10,21	10,25	10,29
Norwegen 100 Kronen	10,17	10,21	10,25	10,29
Polen 100 Zloty	112,53	112,66	112,51	112,70
Ungarn 100 Forint	10,65	10,65	10,57	10,61
Japan 100 Yen	17,17	17,21	17,04	17,08
Sri Lanka 100 Rupee	20,33	20,34	20,33	20,34
Indonesien 100 Gulden	4,19	4,20	4,19	4,20
Siam 100 Baht	18,87	18,84	18,79	18,83
Indonesien 100 Gulden	60,58	61,13	61,19	61,18
Indonesien 100 Gulden	80,47	80,43	80,14	80,20
Indonesien 100 Gulden	21,07	21,12	20,92	20,97
Indonesien 100 Gulden	1,716	1,729	1,709	1,713
Indonesien 100 Gulden	0,508	0,509	0,501	0,503
Indonesien 100 Gulden	50,13	50,27	50,11	50,23
Indonesien 100 Gulden	12,42	12,47	12,42	12,47
Indonesien 100 Gulden	7,48	7,50	7,48	7,50
Indonesien 100 Gulden	3,853	3,858	3,858	3,853
Indonesien 100 Gulden	3,058	3,063	3,058	3,063
Indonesien 100 Gulden	80,08	80,09	80,08	80,09

Während der Abwesenheit des Empfängers und der Bestimmungsdauer einzuhalten. Dadurch wird die ordnungsmäßige Auslieferung auch dann gesichert, wenn sich die Auslieferung abgelehrt haben sollte.

Zeichnung der Goldpfandbriefanleihe der Rentenbank in New York. Am Montag wurde in New York die 7prozentige Goldpfandbriefanleihe der Deutschen Rentenbank Kreditsanft (Landwirtschaftliche Rentenbank) unter Zugrundelegung des nachstehenden Prospekts ausgesetzt. Die Anleihe wird ab dem 15. März 1926 in 500.000 Stück (jeweils mit Zinszinsen) auf den Namen der Rentenbank in New York City bei der National City Bank of New York, Treuhänderin, ohne Abzug irgendwelcher Gebühren, gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder Abgaben, die von dem Deutschen Reich oder innershalb desselben erhoben worden sind oder erhoben werden. Nach Wahl der Inhaber können Kapital und Zinsen dieser Schuldverschreibungen auch einmaler bei dem City Office der National City Bank of New York in London, England, in Pfund Sterling, oder bei der Niederländischen Bank in Amsterdam, Holland, in holländischen Gulden eingezogen werden, und zwar in jedem dieser Fälle zu dem jeweiligen Käuferkurs der betreffenden Bank für New York. Vom 15. März 1926 ab wird ein Tilgungsfonds halbjährlich in Rente gestellt, um die Schuldverschreibungen zu einem Kurse, der pari und auslaufende Zinsen nicht übersteigt, anzukaufen, oder, wenn die Schuldverschreibungen zu diesem Kurse oder darunter nicht erhältlich sind, durch Tilgung der Schuldverschreibungen durch halbjährliche Zinszahlungen zu 100 %. Dieser Tilgungsfonds ist außerdem, um die gesamte Emission der Anleihe einzulösen, in Teilbeträgen von nicht weniger als jeweils 2.000.000 Dollar, mit zehnjähriger Kündigung am 15. September 1935, oder an irgendeinem darauffolgenden Zinstermine zu 100 % rückzahlbar.

Der Stabesverband, der nach der Stabilisierung der Währung erst unter großen Schwierigkeiten wieder reorganisiert werden konnte und zunächst nur vorläufig in Wirklichkeit trat, hat seinen Verbandesvertrag endgültig festgelegt und die hauptsächlichsten Werke in sich vereinigt. Mit den übrigen Unternehmen schweben noch Verhandlungen. Der Stabesverband wurde entsprechend der Umfassung vorab um ganze 0,70 RM für die Zonne ermäßigt.

Der Schweizerische Außenhandel. Im Mai und Juni hat sich die Einfuhr von Waren nach der Einführung der neuen englischen Zölle eine ganz erhebliche Steigerung der Schweizerischen Ausfuhr nach England festzustellen. Die Schweizerische Ausfuhr ist darauf fast zurückzuführen. Auf diesem niedrigen Stand des Juli ist auch der August geblieben, und zwar mit 162,3 Millionen gegen 152,9 Millionen im Juli. Die Einfuhr hat sich dagegen von 205,6 Millionen auf 212,1 Millionen gesteigert. Die Passivität der Handelsbilanz ist mithin nicht unerheblich schlechter geworden. Der Einfuhrüberschuss, der im Juli 48,8 Millionen betrug, betrug im August 59,8 Millionen.

Formvorschriften der Wechselkunden. In der kürzlich erschienenen Notiz „Formvorschriften der Wechselkunden“ teilt das Reichsbankdirektorium mit: Die Reichsbank beantragt bei der Diskontierung solcher Wechsel, bei denen in dem Giro an die Reichsbank der Wohnort des Diskontanten nicht angegeben worden ist. Sie benötigt diesen Zusatz, damit im Falle der Nichterfüllung eines Wechsels der Bankanfall des Zahlungsortes die Möglichkeit gegeben ist, das gemäß Artikel 45 der Wechselordnung vorgesehene Benachrichtigungsschreiben (Notifikatorium) an den richtigen Wohnort des Vormannes abgeben zu können, der nicht immer mit dem Giro der Bankanfall übereinstimmt, die den Wechsel angekauft hat. Wir empfehlen für Wechsel, die an die Reichsbank giriert werden sollen, beispielsweise folgenden Wortlaut: An Reichsbank ...

Unterstützen. Zur Erleichterung für die Diskontanten und die Vermehrung von Mitteln kann die Bezeichnung Direktorium, Hauptstelle, Stelle, Nebenstelle und der Sitz der Bankanstalt des Zahlungsortes fortgelassen werden, wenn der Diskontant mittels besonderten Nachweises die Reichsbank zur Ausfüllung des Giro ein für allemal ermächtigt hat.

Kartoffelverkauf auf der Eisenbahn. Es ist zu erwarten, daß auch in diesem Jahre wieder ein großer Teil der Bevölkerung in den Großstädten seine Winterkartoffeln in Einzelhandlungen unmittelbar vom Erzeuger als Frachtgut mit der Eisenbahn beziehen wird. Um auch in diesem Jahre Störungen bei den Empfangsunternehmern zu vermeiden, die durch häufige Änderungen bei den Abgaben entstehen, werden die eingehenden Kartoffelbefragungen den Empfängern durch die bahnamtlichen Kartoffelunternehmer zugeführt werden, wenn in den zugehörigen Frachtbriefen nicht ausdrücklich „Bahnlagernd“ vorgeschrieben ist. In diesem Falle erhalten die Empfänger vom Ausgang der Sendungen Nachricht durch Postkarte und sie haben dann selbst für Abholung zu sorgen. Bei verspäteter Abnahme werden die Sendungen den Empfängern ebenfalls bahnamtlich zugestellt. Empfänger, die sich die Weggebühren ersparen wollen, müssen also darauf bedacht sein, daß die Frachtbriefe durch den Abnehmer mit dem erwähnten Vermerk „Bahnlagernd“ versehen und daß die Sendungen nach Erhalt der Benachrichtigungskarte sofort abgeholt werden. Die Befragungen sind durch deutsche Bezeichnung der Güter auf gutbefestigten Bahnhängeln mit vollständiger Adresse des Empfängers vorzubringen. Außerdem ist es ratsam, in jedem Fall einen Rettel mit deutscher Angabe des Adressaten, in dem man sich befindet, mitzuführen.